

5 Ausblick – die Zeit nach dem Berliner Exil

Ende März 1933 schrieb Rafail Abramovič, der kurz zuvor mit vielen anderen ExilantInnen nach Paris geflohen war, an den in New York lebenden osteuropäisch-jüdischen Sozialisten Morris Hillquit:

Es ist fast unmöglich, in diesem Augenblick über etwas anderes zu schreiben, als über Deutschland. Diese ungeheure Katastrophe der deutschen Demokratie ist gleichzeitig zu einer Katastrophe für die europäische und internationale Arbeiterbewegung geworden und wird es – leider! – immer mehr werden. Ich fürchte: was wir in Deutschland und in der Internationale noch Alles erleben werden, wird weit schlimmer sein, als das, was wir 1914 erlebt haben.

Das tragischste dabei ist nicht nur, dass die SPD in höchst unheroischer Weise sich besiegen liess, ohne einen offenen Kampf zu riskieren: das kann unter Umständen mit jeder Partei passieren, und selbst die beste Partei der Internationale, die österreichische wird höchstwahrscheinlich das gleiche Schicksal erdulden müssen. Das schlimmste ist, dass die Deutschen auch jetzt noch nicht begreifen wollen, dass sie erledigt sind. Sie sind tot, aber sie wissen es nicht. [...] [S]ie versuchen, den längst nicht mehr existierenden Boden der restlos vernichteten parlamentarischen Demokratie scheinbar aufrechtzuerhalten, als „loyale Opposition“ zu fungieren ... in einem 100%-faschistischen Staat: Daher demütigende und dabei vollkommen nutz- und sinnlose Kompromisse, die das moralische Rückgrat der Parteimitgliedschaft brechen, die Zukunft der Partei schwer gefährden und ausserdem die ganze Internationale in eine tragische Situation bringen. Ich kann Ihnen leider keine Einzelheiten schreiben, aber glauben Sie mir: die Sitzungen der Exekutive [...] waren das peinlichste und traurigste, was wir alle seit August 1914 erlebten.¹

In einem eine Woche zuvor geschriebenen Brief an Friedrich Adler bezeichnete Abramovič die „allgemeine ‚Atmosphäre‘ in Berlin: speziell in bezug auf die Juden [...] als Kischinew-Stimmung“². Somit zog er abermals eine direkte Linie zwischen antisemitischer Gewalt in Deutschland und Pogromen im Russländischen Reich. Fëdor Dan schrieb Adler bereits im Februar 1933, dass er sich als Sozialist im Visier des *Völkischen Beobachters* wiederfinde.³ Die wahrgenommenen Gefahren waren real, was nicht nur die von den NationalsozialistInnen er-

1 Brief von Rafail Abramovič an Morris Hillquit vom 30.03.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

2 Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 24.03.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

3 Vgl. Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 04.03.1933 aus Paris. Abgedruckt in: Sapir: Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma. Brief Nr. 257. S. 440f.

stellte „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ zeigt, in der auch Publikationen der beiden Exilanten aufgeführt wurden.⁴

Genau wie die beiden Führungspersonen der SDAPR spürte auch Vera Broido, Tochter von Eva und Mark Broido, die Veränderungen seit Februar 1933 deutlich. Sie lebte nach mehrjährigen Studienjahren in Paris seit Ende der 1920er Jahre wieder in Berlin, wobei sie als Liebhaberin des Dadaisten Raoul Hausmann viel verreiste. Über die Veränderungen in Berlin schrieb sie in ihren Erinnerungen:

Each time we returned to Berlin from our holiday the political climate looked more menacing. The rise of Nazism was terrifying. From the windows of our corner house we could watch column after column of uniformed Nazis marching past – first the young men, then the young women, then the children – shouting anti-Semitic slogans. The sound made us shudder. What was happening to the country? To my parents' generation Germany was one of the most highly educated and civilized countries in Europe; German workers were among the most decent and enlightened.⁵

Im Januar 1933 lebten von den 46 osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen noch 28 in Berlin. Nur drei – Daniel Tsharni, Aron Jugov und David Dalin – sollten über das Jahr 1933 hinaus in Deutschland verbleiben und auch sie flohen in den beiden darauffolgenden Jahren. Verhältnismäßig schnell schätzten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die Machtübergabe an Adolf Hitler als Katastrophe ein. Der politische Wandel war für sie in höchstem Maße beängstigend, denn alle ihre Zugehörigkeiten – jüdisch, sozialistisch und osteuropäisch – führten im nationalsozialistischen Deutschland zu Repressionen und Verfolgungen. Dass die ExilantInnen teilweise schneller als deutsche SozialdemokratInnen die Gefahr des Nationalsozialismus wahrnahmen und Migration als notwendige Handlungsmöglichkeit betrachteten, hing mit unterschiedlichen Aspekten zusammen: Zum einen verfügten sie bereits über langjährige Exilerfahrung. Sie hatten miterlebt, dass sich politische Systeme und mit ihnen bestehende Lebenswelten dramatisch verändern konnten. Zum anderen waren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, obwohl viele von ihnen bereits länger als ein Jahrzehnt in der Stadt lebten, nicht in derselben Form an den Berliner Handlungsraum gebunden wie zahlreiche deutsche SozialdemokratInnen. Zwar hinterließen auch die ExilantInnen aufgebaute Parteiorganisationen, Debattierklubs, Verlags- und Publi-

⁴ Vgl. Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums 1935–1941. Berlin 1935. Abrufbar unter: <https://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/periodical/pageview/2539684> [10.01.2020].

⁵ Broido, *Daughter of Revolution*, S. 203. Vera Broido ging 1933 von Berlin aus für einen längeren Aufenthalt nach Ibiza. Im Sommer 1934 verließ sie Ibiza und zog zu ihrem Bruder Daniel nach Paris. Ob sie vor dem Umzug noch einmal nach Berlin zurückkehrte, ist unklar. Später zogen Vera und Daniel Broido gemeinsam nach London.

kationsstrukturen; durch ihre Migrationserfahrung vom Beginn der 1920er Jahre erschien es ihnen aber möglich, diese in einer anderen Stadt neu zu errichten.

Die Migrationswege der heterogenen Gruppe verliefen keineswegs einheitlich. Die Entscheidung für einen neuen Lebensmittelpunkt war zumeist eng mit dem eigenen politischen und nationalen Selbstverständnis verknüpft, das entweder seit Langem bestand oder sich im Laufe der Berliner Exilzeit gewandelt hatte. Der große Teil der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, der sich weiterhin zur Gruppe russländischer SozialdemokratInnen zugehörig fühlte, fand zwischen 1933 und 1940 ein zweites Exil in Paris. Im Zuge dieser Migrationsbewegung wurde auch die SDAPR-Exilvertretung samt Publikationsorgan und Parteiuntergruppierungen in die französische Hauptstadt verlegt.⁶ Einige ExilantInnen flohen in andere europäische Städte, wie Vilna, Warschau oder Prag und eine kleine Gruppe von JiddischistInnen ging in die Sowjetunion. Doch durch die folgenden drastischen politischen und militärischen Veränderungen in Europa blieben auch die nach Berlin gewählten Wohnorte zumeist nur temporäre Exilorte.

Für die russländischen SozialdemokratInnen stellte sich die Situation in Paris politisch und finanziell als weit komplizierter dar als die Exilzeit in Berlin.⁷ Infolge der Weltwirtschaftskrise gab es nur wenige Anstellungsmöglichkeiten. Ihre jahrelangen, tiefen Verbindungen zur deutschen Sozialdemokratie waren weit weniger von Nutzen, da diese im Exil selbst auf Unterstützung angewiesen war. Hinzu kam auch, dass sich die Aufmerksamkeit der internationalen sozialistischen Bewegung nun besonders auf die Gefahren konzentrierte, die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgingen, und weniger auf die Situation in der Sowjetunion.

Trotz dieser herausfordernden Situation versuchten die SozialistInnen, sich mit den neuen Verhältnissen zu arrangieren und ihren in Berlin begonnenen Exiltätigkeiten und somit ihrem Kampf für ihre politischen Überzeugungen auch an ihrem zweiten Exilort weiter nachzugehen. Dies lässt sich am Beispiel von Rafail Abramovič besonders gut nachvollziehen, auch wenn einschränkend zu betonen ist, dass dieser eine sehr privilegierte Position innerhalb der Exilgruppe einnahm: Abramovič konnte seine Tätigkeit für den New Yorker *Forverts* fortführen, wodurch er seine feste Anstellung und ein regelmäßiges Monatsgehalt behielt. Trotzdem bekam auch er die Wirtschaftskrise deutlich zu spüren, denn sein Gehalt wurde um 25 % gekürzt.⁸

6 Vgl. Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 23.02.1933 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 256, S. 439.

7 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 217–223.

8 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 219 und Brief von Rafail Abramovič an Morris Hillquit vom 31.03.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

Um den *Socialističeskij vestnik*, der in dieser Zeit von Paris aus vertrieben wurde, und die SDAPR-Parteiarbeit finanziell zu ermöglichen, reiste Abramovič von Paris aus ein drittes Mal binnen zehn Jahren in die USA und warb dort um bitter notwendige finanzielle Unterstützung.⁹ Neben der regulären Parteiarbeit bemühte er sich außerdem um die Fertigstellung der Anfang der 1930er Jahre in Berlin begonnenen Enzyklopädie, die in jiddischer Sprache erscheinen, „[i]hrem Inhalt nach aber keine juedische, sondern eine allgemeine“ sein sollte.¹⁰

Ähnlich wie zu Beginn der 1920er Jahre halfen die ExilantInnen auch von Paris aus politischen MitstreiterInnen in Not. Durch zahlreiche Bittschreiben setzte sich Abramovič fieberhaft für osteuropäische SozialistInnen ein. Er versuchte, in Deutschland gefangen genommene ParteifreundInnen bei der Flucht zu unterstützen und für illegal nach Frankreich Eingereiste Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnisse zu beschaffen. So half er Solomon Švarc und Pëtr Garvi bei der Ausreise aus Deutschland,¹¹ bemühte sich für Boris Sapir, den Vertreter der SDAPR-Jugendorganisation, um eine Arbeitserlaubnis in den Niederlanden¹² und setzte sich für den in Berlin verbliebenen Besitz des Bundisten Nathan Frenkel ein.¹³ Diese Arbeit war aufgrund seines noch immer funktionierenden Netzwerks an Ansprechpersonen aus verschiedenen Ländern in der sozialistischen Bewegung möglich. Das in New York gegründete *Emergency Relief for Russian Social Democrats, Victims of Hitler's Terror* ging ebenfalls auf Abramovičs Engagement zurück.¹⁴ In einem Spendenaufruf verwies das Nothilfskomitee auf die schwierige Lage der russländischen ExilantInnen:

Tragic as is the condition of the German Socialists under Hitler regime, the situation of the Russian Social-Democratic Refugees in Germany is doubly tragic. Victims of the terroristic dictatorship in their own homeland, they had found political asylum under the free republican regime of the democratic Germany. Now they are completely outlawed.

⁹ Vgl. Brief von Rafail Abramovič an Friedrich Adler vom 24.12.1934. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 4.

¹⁰ Vgl. Brief von Rafail Abramovič an Karl Kautsky vom 25.02.1937 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

¹¹ Vgl. hierfür Brief von Friedrich Adler an Rafail Abramovič vom 12.04.1933 aus Zürich. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

¹² Vgl. Briefe von Rafail Abramovič an [Johan Willem] Albarda vom 03.08.1933, 12.09.1933 und 14.11.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

¹³ Brief von Rafail Abramovič an Orest Ivanovič [Rozenfel'd] vom 21.07.1933 aus Paris. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 3. Rozenfel'd „gehörte zu den Führern der menschewistischen Exilgruppe in Paris“. Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 54, Fußnote 6.

¹⁴ Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 221.

They are unmercifully persecuted as Socialists, and foreigners and – many of them are Jews.¹⁵

Für die in Paris lebenden russländischen SozialistInnen stand 1933 die Unterstützung von politisch Verfolgten und Repressierten an vorderster Stelle. Gleich danach bemühten sie sich um die Rettung der in Berlin zwangsweise zurückgelassenen Archiv- und Korrespondenzbestände, die sie nun nicht mehr vor den Bol'seviki, sondern vor den NationalsozialistInnen schützen mussten. Zur Sicherheit hatte die SDAPR bereits im Januar 1933 erste Archivmaterialien nach Paris geschickt.¹⁶ Der SDAPR und hierbei besonders Boris Nikolaevskij, der als Mitglied der Auslandsdelegation für das Parteiarchiv zuständig war, gelang es aber, noch am 8. Mai 1933 einen legalen Transport größeren Umfangs von Archivalien der SPD, der SDAPR und des *Bund* nach Paris durchzuführen. Über Kontakte zum französischen Sozialisten Léon Blum und zu der französischen Nationalbibliothek wurde in kürzester Zeit mit der französischen Regierung ein offizieller Kaufvertrag für das SPD-Archiv abgeschlossen. Nach Abschluss des Vertrages befanden sich die Archivalien zwar weiterhin in Berlin, gehörten nun jedoch rechtmäßig der französischen Regierung. Hierdurch konnten sie auf legalem Wege aus dem bereits seit mehreren Wochen durch die SA bewachten Vorwärts-Haus in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) transportiert und nach Paris überführt werden. Die zwei Eisenbahnwaggons füllende Fracht wurde dort erst einmal in den Räumlichkeiten des Internationalen Gewerkschaftsbunds untergebracht.¹⁷

Im Kaufvertrag nicht erwähnt war die Überführung der ebenfalls im Vorwärts-Haus lagernden Archivalien der SDAPR und des *Bund*. Die Befürchtung bestand, dass eine Erwähnung dieser Konvolute eine Kontrolle der gesamten Ladung durch die deutsche Regierung nach sich ziehen könnte. Die Hinzugabe von Kisten mit russisch- und jiddischsprachigen Archivalien der SDAPR und des *Bund* plante Nikolaevskij jedoch von Beginn an. Nikolaevskij kannte sich im SDAPR-Archiv bestens aus. Beim Verpacken der *Bund*-Archivalien erhielt er Unterstützung von Franz Kursky und Henokh Gerlent. Unter großer Geheimhaltung gelangten die Bundisten mehrere Wochen lang durch einen versteckten Eingang ins Vorwärts-Haus und verließen Berlin erst, nachdem das Archivmaterial die französische Grenze passiert hatte.¹⁸ Das Vorgehen blieb von den Behörden unentdeckt.¹⁹

¹⁵ Vgl. Aufruf des Emergency Relief Committee for Russian Social-Democrats, Victims of Hitler's Terror, o. D. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 3.

¹⁶ Vgl. Liebig, *From the Other Shore*, S. 218.

¹⁷ Vgl. Mayer, *Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs*, S. 84–95.

¹⁸ Vgl. Web, *Between New York and Moscow*, S. 249.

Trotz dieser Bemühungen konnten nicht alle Korrespondenzen, Akten und Archivmaterialien gerettet werden. Auch gingen zahlreiche Privatkorrespondenzen durch den oftmals abrupten Aufbruch aus den Privatwohnungen Berlins verloren.²⁰ Am 10. Mai 1933, nur zwei Tage nach dem geglückten Transport, wurde das Parteivermögen der SPD beschlagnahmt. Allein dies zeigt, wie überfällig die Überführung der Archivalien gewesen war und unter welch zeitlichem Druck und gefährlichen Umständen das von Nikolaevskij koordinierte Vorhaben stattgefunden hatte.

Dokumente zeigen, dass die BundistInnen auch alternative Rettungswege für ihre Archivunterlagen planten. Erst zwei Wochen vor dem Transport nach Paris war eine geplante Überführung des *Bund*-Archivs nach Warschau geplatzt. Die Planungen folgten einem ähnlichen Schema wie die Überführung der SPD-Archivalien nach Paris. Verabredungen mit der polnischen Regierung wurden dabei von den *Bund*-Vorsitzenden und Warschauer Stadtverordneten Noah Portney und Henryk Erlich ausgehandelt. Am 12. April 1933 erhielt die Berliner Botschaft der Republik Polen einen als geheim eingestuft Brief aus dem Warschauer Außenministerium. In diesem wurde den MitarbeiterInnen mitgeteilt, dass am 29. März 1933

in Warschau eine notarielle Urkunde ausgestellt [wurde], kraft welcher Jan Kuszel Portney und Henryk Erlich, wohnhaft in Warschau, der Stadtbibliothek in Warschau eine Dokumenten-, Bücher- und Druckstücksammlung in einer Gesamtgröße von 20.000 Objekten, die sich in Berlin, Lindenstraße 2 unter der Verwaltung und Aufsicht von Maksymilian [sic!] Blumin-Kursky befindet, schenkten.

Die oben erwähnte Sammlung besteht aus der Bibliothek und dem Archiv der jüdischen sozialistischen Organisation „Bund“ und soll viele kostbare Dokumente, wie handschriebene Briefe von Marschall Piłsudski, Lenin, usw., beinhalten. Selbstverständlich ist, dass die besagte Schenkung im engen Zusammenhang mit der derzeitigen Lage und den Geschehnissen in Deutschland steht.²¹

Ferner hieß es, dass Herr Dr. Piżyc, Mitarbeiter der Warschauer Stadtbibliothek, nach Berlin reisen werde, um die Archivalien nach Warschau zu überführen. Dies solle in enger Absprache mit der Botschaft geschehen. Das polnische Außenmi-

¹⁹ Vgl. Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs, S. 93.

²⁰ Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 218. Liebich benennt konkret die Privatarhive von Fëdor Dan und Rafail Abramovič, die nicht gerettet werden konnten.

²¹ Brief des Außenministeriums, politische Abteilung West in Warschau vom 10.04.1933 an die Botschaft der Republik Polen in Berlin. Eingesehen in: AAN, 2/474/O (Ambasada RP w Berlinie), Nr. 1464.

nisterium bestand jedoch darauf, dass die Überführung der 300 Kisten nicht ohne vorherige Rücksprache mit ihrem Ministerium erfolgen dürfe:

In diesem Fall scheint diese Vorsicht geboten zu sein, angesichts der Tatsache, dass das „Bund“-Archiv Dokumente beinhalten kann, die im Zusammenhang mit den zuletzt erfolgten politischen Geschehnissen im Reich stehen und deren Überführung ins Ausland mit Hilfe der derzeitigen Regierung von der deutschen Regierung als Sabotageakt betrachtet werden könnte.²²

Am 19. April teilte Dr. Stanislaw Schmitzek, Justiziar der polnischen Botschaft, dem Ministerium mit, dass sich Piżyc gemeldet habe. Eine Überführung der Dokumente erscheine momentan allerdings kaum möglich, da nicht sicher sei, wie die deutschen Behörden hierauf reagieren würden. Aus diesem Grund schlug die Botschaft erst einmal eine „formelle Übernahme“²³ durch Versiegelung der Kisten und eine Hinterlegung der beglaubigten Übersetzung des Vertrages vor.

Drei Tage später schrieb der Botschafter Dr. Alfred Wysocki dem Warschauer Außenministerium, dass Piżyc während einer polizeilichen Durchsuchung in seinem Hotel kurzzeitig inhaftiert worden sei, da er keinen Pass bei sich getragen habe. Diesen habe er zuvor für die Beantragung eines französischen Visums nach Warschau gesandt. Nach seiner Freilassung meldete sich Piżyc in der polnischen Botschaft und bat um eine schriftliche Bestätigung dafür, dass er das *Bund*-Archiv nach Polen überführen dürfe. Die BotschaftsmitarbeiterInnen weigerten sich, ohne weitere Anweisung aus dem Außenministerium diese Bestätigung auszustellen. Piżyc verließ das Botschaftsgebäude somit unverrichteter Dinge; er wies jedoch darauf hin, dass er dennoch mit dem Versand beginnen wolle und bei möglichen Komplikationen auf Unterstützung durch die Botschaft hoffe.²⁴

Es bleibt letztlich unklar, weswegen der Transport nach Warschau nicht durchgeführt wurde. Die Kommunikation zwischen Botschaft und Außenministerium weist jedoch darauf hin, für wie brisant ein Transport der Archivakten in der gegenwärtigen politischen Lage von polnischer Regierungsseite eingeschätzt wurde. Zugleich könnte die Beantragung eines französischen Visums durch Piżyc auch ein Hinweis darauf sein, dass zu diesem Zeitpunkt die Planungen zur Überführung des Archivs Richtung Frankreich schon weit vorangeschritten waren und nicht mehr

22 Brief des Außenministeriums, politische Abteilung West in Warschau vom 10.04.1933 an die Botschaft der Republik Polen in Berlin. Eingesehen in: AAN, 2/474/O (Ambasada RP w Berlinie), Nr. 1464.

23 Brief vom 22.04.1933 von der Botschaft der Republik Polens an das Außenministerium, Abteilung P.II, Warschau. Eingesehen in: AAN, 2/474/O (Ambasada RP w Berlinie), Nr. 1464.

24 Brief vom 25.04.1933 von der Botschaft der Republik Polens an das Außenministerium in Warschau. Eingesehen in: AAN, 2/474/O (Ambasada RP w Berlinie), Nr. 1464.

gefährdet werden sollten. Unklar ist auch, ob die Bemühungen des Zentralkomitees des polnischen *Bund* auf Gegenliebe unter den noch in Berlin ansässigen BundistInnen stieß. Der polnische *Bund* war zwar offizieller Besitzer der Archivalien und das Zentralkomitee in Warschau somit rechtlich befugt, eine Schenkung durchzuführen; ohne die Unterstützung der in Berlin lebenden BundistInnen um Franz Kursky konnte diese Entscheidung jedoch kaum umgesetzt werden.

Diejenigen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die nicht nach Paris migrierten, einte, dass sie sich nicht der russländischen Sozialdemokratie zugehörig fühlten. Dovid Bergelson, der sich seit Mitte der 1920er Jahre von der sozialistischen Bewegung losgesagt hatte und als Jiddischist die jüdischen Ansiedlungsprojekte in der Sowjetunion unterstützte, kehrte 1934 zurück nach Moskau. Zuvor war er bereits von Berlin nach Dänemark geflüchtet. Bergelson war in der Sowjetunion weiterhin als jiddischsprachiger Literat tätig und engagierte sich während des Zweiten Weltkrieges im *Jüdischen Antifaschistischen Komitee* gegen das nationalsozialistische Deutschland. Sein Engagement für das Regime erwies sich jedoch in der Spätphase des Stalinismus als wirkungslos. Bergelson wurde 1949 verhaftet und am 12. August 1952 zusammen mit anderen bekannten jiddischsprachigen Schriftstellern aufgrund von angeblicher antisowjetischer Tätigkeit hingerichtet.

Mit Nokhem Shtif und Eva Broido gab es nur zwei weitere ExilantInnen, die von Berlin aus in die Sowjetunion zurückkehrten. Shtif ging 1926 nach Kiew, wo er Leiter des *Instituts der Jüdisch-Proletarischen Kultur*²⁵ wurde und 1933 verstarb. Wie Bergelson vertrat er bereits während seiner Berliner Zeit die Ansicht, dass die Ukraine zukünftiges Zentrum für die jiddischsprachige Kultur und Wissenschaft werden würde.²⁶ Ein Jahr nach Shtifs Rückkehr in die Sowjetunion verließ auch Eva Broido Berlin dorthin. Mit SDAPR-Parteiauftrag reiste sie auf illegalem Wege ein. Ihre dortige Festnahme, Inhaftierung und die späteren Verurteilungen mit einem 1941 vollstreckten Todesurteil verfolgten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen von Westeuropa aus mit Entsetzen. Der unerbittliche Umgang der sowjetischen Regierung mit der Sozialistin Broido erscheint als ein konkreter Abschreckungsmoment, der neben den immer stärker hervortretenden politischen Differenzen eine weitere Erklärung dafür ist, dass für die überwiegende

²⁵ Für nähere Informationen über das Institut vgl. Bilovitsky, Vladimir: Institute of Jewish Proletarian Culture. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Institute_of_Jewish_Proletarian_Culture [19.12.2019].

²⁶ Für die Biografie von Nokhem Shtif vgl. auch Estraiikh, Gennady: Shtif, Nokhem. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Shtif_Nokhem [19.12.2019].

Mehrheit der sozialistischen ExilantInnen eine Rückkehr in die Sowjetunion nicht infrage kam.²⁷

Der Weg Richtung Zweite Polnische Republik wurde von ExilantInnen bestritten, die der jüdischen, aber nicht der sowjetischen ArbeiterInnenbewegung nahestanden. In Polen war es – wenn auch unter schwierigen politischen Bedingungen – möglich, mit Gleichgesinnten in einer starken *Bund*-Partei für die Ziele der jüdischen ArbeiterInnenschaft einzutreten. Vladimir Kosovski zog bereits 1930 nach Warschau, wo er Mitglied des Zentralkomitees des polnischen *Bund* wurde. Drei Jahre später folgte ihm Jakob Leshtinsky in die polnische Hauptstadt. Genau wie Abramovič behielt Leshtinsky seine Anstellung beim *Forverts*. Seit dem Frühjahr 1933 berichtete er nun von Warschau aus über die Entwicklungen der ostmitteleuropäischen Judenheiten und die politische Situation in Europa. Daniel Tsharni floh Ende 1934 aus Berlin. Er versuchte sich erst in Riga, dann in Vilna und anschließend in Warschau niederzulassen. Seine sowjetische Staatsbürgerschaft erschwerte es ihm, in polnischen Städten eine Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen, weswegen er sich nach wenigen Monaten doch für Paris als neuen Lebensmittelpunkt entschied.²⁸ Auch Leshtinsky und Kosovski konnten nur wenige Jahre in Polen bleiben: Leshtinsky wurde 1937 ausgewiesen und gelangte nach einigen Zwischenstopps nach New York. Mit gefälschten Papieren gelangte Kosovski nach dem Hitler-Stalin-Pakt in den sowjetisch besetzten Teil Polens, wo er erst in Pinsk und später in Vilna unterkam. Im Frühjahr 1941 floh auch er weiter nach New York.²⁹ An den Lebenswegen von Kosovski, Leshtinsky und Tsharni lässt sich beispielhaft ablesen, mit welch schwierigen Bedingungen Jüdinnen und Juden in den 1930er Jahren in Ostmitteleuropa zu kämpfen hatten. Für alle drei erwies sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Weg in die USA als sinnvollste Alternative. Ein Migrationsweg, der nur einem sehr geringen Teil von Jüdinnen und Juden aus Ostmitteleuropa offenstand.

Mit der Machtübergabe an die NationalsozialistInnen veränderte sich das Verhältnis zwischen osteuropäischen ExilantInnen und deutschsprachigen SozialistInnen in radikaler Weise. Die deutschen SozialdemokratInnen verfügten über wenig Exilerfahrung und der bis Frühjahr 1938 in Prag und bis 1940 in Paris

²⁷ Noch 1936 stellte Rafail Abramovič in einem Artikel Eva Broidos Schicksal seit der Verhaftung im Frühling 1928 dar. Vgl. Abramovič, Rafail: Eva L'vovna Brojdo. In: SV, Vol. 16 (1936), Nr. 2 (25.01.1936). S. 7.

²⁸ Vgl. Estraiikh, Gennady: Tsharni, Daniel. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Tsharni_Daniel [19.12.2019].

²⁹ Vgl. Gechtman, Roni: Kossovskii, Vladimir. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kossovskii_Vladimir [21.12.2019].

ansässige Vorstand der deutschen Sozialdemokratie im Ausland (SoPaDe) hatte vor allem mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen beklagten neben einer strukturellen Unerfahrenheit der SoPaDe auch ein inhaltliches Unverständnis gegenüber einigen Entscheidungen der deutschen Sozialdemokratie. Inhaltlich missfiel den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die als wehrlos wahrgenommene Kapitulation der mitgliedsstarken deutschen Sozialdemokratie gegenüber den NationalsozialistInnen und die Ignoranz, mit der zahlreiche Führungskräfte der deutschen Sozialdemokratie sich besonders in der ersten Hälfte 1933 den politischen Realitäten in ihrem Land und den Gefahren für Europa verweigert hätten. Die sozialistischen Auslandsvertretungen aus Osteuropa, deren Mitglieder seit Jahrzehnten Erfahrungen mit der Exilsituation besaßen, sahen sich nun einem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie im Exil gegenüber, der zwischen 1890 und 1933 in der eigenen Heimat die größte sozialdemokratische Partei Europas aufgebaut hatte und während der Weimarer Republik zu einer staatstragenden Partei avanciert war. Auf das Leben im Exil, das sie nur von Berichten der osteuropäischen SozialistInnen oder aus der schon historisierten Zeit der bismarckschen Sozialistengesetze zwischen 1878 und 1890 kannten, waren zahlreiche deutsche PolitikerInnen nur unzureichend vorbereitet. Publikationen der SoPaDe wurden nun sogar im *Socialističeskij vestnik* beworben; interessanterweise wurden die Anzeigen im russischsprachigen Periodikum in deutscher Sprache publiziert³⁰ – ein erneuter Verweis auf die vorhandenen Sprachfähigkeiten der osteuropäischen SozialistInnen, aber vor allem auch ein plastisches Beispiel für das veränderte Verhältnis zwischen russländischer und deutscher Sozialdemokratie.

Die veränderten Beziehungen lassen sich auch anhand der Entwicklungen um die oben beschriebene Archivrettung nachvollziehen. Der russische Sozialist Boris Nikolaevskij, der die Archivrettung koordinierte, blieb auch in den darauffolgenden Monaten in Paris die zuständige Person für das SPD-Archiv. Zusammen mit Fëdor Dan nahm er ebenfalls eine wichtige Funktion in den Verhandlungen mit dem Moskauer *Marx-Engels-Institut* (MEI) und dem *Internationalen Institut für Sozialgeschichte* (IISH) ein, in denen es darum ging, die Bestände aufgrund finanzieller Engpässe weiterzuverkaufen. Im Mai 1938 wurden die Archivbestände von der SoPaDe an das in Amsterdam ansässigen IISH übertragen. Das finanziell bessere Angebot des Moskauer MEI wurde aufgrund der bestehenden politischen Differenzen abgelehnt.³¹

³⁰ Vgl. bspw. Anzeigen in SV, Vol. 16 (1936), Nr. 5 (12.03.1936). S. 14 und Nr. 9 (10.05.1936). S. 16.

³¹ Für die Verkaufsverhandlungen vgl. Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs, S. 97–141.

Ebenfalls veränderte sich das Verhältnis zwischen dem in Berlin so wichtigen Mittler Alexander Stein und der russländischen Sozialdemokratie. Stein fühlte sich 1933 stärker zur deutschen als zur russländischen Sozialdemokratie zugehörig, weswegen er Deutschland im August 1933 als Mitarbeiter der SPD Richtung Prag verließ. Dort wurde er zu einem ständigen Mitarbeiter des *Neuen Vorwärts* und der *Sozialistischen Aktion*³² und musste dennoch Rafail Abramovič um Unterstützung bitten.³³

Aufgrund der dramatischen Verschlechterung der politischen Lage Ende der 1930er Jahre verblieben die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen weder längerfristig in Paris noch in ostmitteleuropäischen Städten. 1940 flohen viele von ihnen zusammen mit anderen europäischen SozialistInnen in die USA. Die überwiegende Mehrheit ging nun nach New York, von wo aus das *Jewish Labor Committee* eine größere Fluchthilfeaktion koordinierte.³⁴ Diese Fluchthilfe, bei der mehr als 400 Visa für europäische SozialistInnen und deren Familienangehörige beschafft wurden, ermöglichte eine legale Einreise in die USA.³⁵ Unter den nun in die USA Einreisenden befanden sich auch einige der in den 1920er Jahren in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, für die sich besonders der bereits in den USA lebende osteuropäisch-jüdische Sozialist Samuel Estrine eingesetzt hatte.³⁶ New York sollte für die meisten die letzte Station ihres doppelten Migrationsweges werden.³⁷ Anders als in Europa scheinen sie dort nicht als Teil einer osteuropäischen Exilgruppe, sondern als Teil der größeren Gruppe europäischer Geflüchteter wahrgenommen worden zu sein. Unter erneut völlig anderen Gegebenheiten spielten sich innerhalb der Gruppe ähnliche Entwicklungen ab wie zuvor in Paris und Berlin: Exilparteien wurden neu aufgebaut und über bestehende Netzwerke wurde versucht, weitere ParteivertreterInnen und politische FreundInnen aus Europa zu retten.³⁸

32 Vgl. Papanek, Alexander Stein, S. 362.

33 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 220.

34 Vgl. hierfür Jacobs, Jack: *Ein Freund in Not. Das Jüdische Arbeiterkomitee in New York und die Flüchtlinge aus den deutschsprachigen Ländern, 1933–1945*. Bonn 1993.

35 Vgl. Jacobs, *Ein Freund in Not*.

36 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 269.

37 Der Historiker Tibor Frank hat den Begriff „double exile“ für ungarisch-jüdische Intellektuelle, die in den 1920er Jahren in die Weimarer Republik – meist nach Berlin – flohen und sich nach 1933 in den USA niederließen, geprägt. Vgl. Frank, Tibor: *Double Exile. Migrations of Jewish-Hungarian Professionals through Germany to the United States, 1919–1945*. Bern u. a. 2009. Aufgrund des ähnlichen Exilweges trifft der Begriff auch auf zahlreiche der in dieser Arbeit betrachteten Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen zu.

38 Für diesbezügliche Bemühungen von Franz Kursky vgl. bspw. Menes, *Der lebns-veg*, S. 25 f.

Zeitgenössische Briefkommunikation lässt vermuten, dass in New York aufgrund der physischen Nähe wieder eine engere Beziehung zwischen den russländischen und deutschsprachigen ExilantInnen aufgenommen wurde. Auf einem Erinnerungsabend der *Social Democratic Federation of New York City* sprachen unter anderem Rafail Abramovič und Alexander Stein zu Ehren des im Februar 1941 im Pariser Gestapo-Gefängnis ermordeten deutschsprachigen Sozialdemokraten Rudolf Hilferding.³⁹ Fëdor Dan erhielt im Herbst desselben Jahres mehrere Gratulationsschreiben anlässlich seines 70. Geburtstages. Aus dem Schreiben von Paul Hertz, früheres SPD-Parteivorstandsmitglied, lassen sich zugleich Hochachtung vor Dan und Selbstkritik herauslesen.

Schwere Tage und dunkle Stunden haben wir durchlebt, seit wir [1931] in Berlin Ihren 60. Geburtstag gefeiert haben. Obwohl schon damals die Krise der sozialistischen Arbeiterbewegung sichtbar wurde, glaubten wir doch, dass die deutsche Arbeiterklasse imstande sein würde, den Ansturm des Faschismus aufzuhalten und die Demokratie in Europa zu verteidigen. Statt dessen kam der Zusammenbruch, dessen Schwere uns in den vergangenen Jahren immer deutlich wurde, wenn Hitler ein Land nach dem anderen eroberte und die Arbeiterbewegung zertrümmerte.

In diesen finsternen Ereignissen, die so manchen unserer früheren Freunde verwirrt haben, haben Sie dank Ihrer tiefen Einsicht Ihren Weg nicht verloren, Ihren Glauben und Ihren Kampfesmut behalten.⁴⁰

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die deutsche Einnahme zahlreicher Länder und damit einhergehend den Zusammenbruch der jeweiligen ArbeiterInnenbewegung miterlebt. Nach der Emigration aus Sowjetrußland aufgrund der Herrschaft der Bol'seviki und der Flucht vor den NationalsozialistInnen aus dem Deutschen Reich mussten sie nun vor dem deutschen Vernichtungskrieg fliehen.

Ebenfalls schwierig gestaltete sich das Anliegen einer erneuten Rettung der Archivmaterialien. Anders als während der Flucht aus Berlin war es den ExilantInnen dieses Mal nur noch möglich, ausgewähltes Material auf die beschwerliche Flucht durch Südfrankreich und über den Atlantischen Ozean mitzunehmen. Mehrere Dutzend Kisten des SDAPR-Archivs wurden deshalb in der zwischen Nantes und Paris liegenden Stadt Amboise versteckt. Auch die Unterlagen des *Bund*-Archivs sollten in einem Versteck lange vor den NationalsozialistInnen geheim gehalten werden, bis sie 1944 entdeckt wurden. Eine durch die deutschen BesatzerInnen

³⁹ Vgl. Zeitungsartikel zum Tod von Rudolf Hilferding. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Rose Hilferding, Nr. 1/RHAB000005.

⁴⁰ Brief von Paul Hertz an Fëdor Dan vom 13.10.1941 aus Los Angeles. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 7.

geplante Überführung ins Deutsche Reich fand aufgrund des Kriegsverlaufes jedoch nicht mehr statt und die *Bund*-Archivalien wurden nach dem Krieg in einem Warenhaus wiedergefunden. Es gleicht einem Wunder, dass beide Archive in Teilen den Krieg überdauerten und einige Jahre später in die USA überführt werden konnten.⁴¹

Mit der Flucht der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aus Berlin verschwanden auch die von ihnen erschaffenen Parteivertretungen sowie alle weiteren Orte der jiddisch- und russischsprachigen sozialistischen Handlungsräume aus der Stadt. Nach dem Ersten Weltkrieg waren diese geschaffen und geprägt worden durch die dort verweilenden Personen, die den Stadtraum veränderten und zur Mehrheitsgesellschaft eine „kulturelle Nähe und Dichte“⁴² schufen. Sie erweiterten den größtenteils bereits etablierten sozialistischen Handlungsraum, indem sie an diesen ihre eigenen Parteien, Klubs, Hilfsorganisationen und Verlage anknüpften. Ebenfalls veranstalteten sie eigene Treffen und Versammlungen in halböffentlichen und privaten Räumen.

Der städtische Handlungsraum Berlins wurde nach 1933 durch die national-sozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik grundlegend verändert. Die Spuren des sozialistischen Berlins wurden fast vollständig zerstört; es gab große architektonische Veränderungen und noch größere Pläne einer gigantomani-schen „Reichshauptstadt Germania“.⁴³ In den 1940er Jahren folgten Zerstörungen während des Zweiten Weltkrieges und anschließend die Teilung der Stadt in Ost und West. Der Stadtraum der Weimarer Republik wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts mehrmals überschrieben und neu besetzt. Bereits nach wenigen Jahren gab es kaum noch Spuren des mehrsprachigen Exillebens der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, welches somit auch in der Stadtgeschichte in Vergessenheit geriet.

Heutzutage existieren kaum noch Orte, die an den sozialistischen Exilraum in den 1920er Jahren erinnern. Bereits 1948 besuchten einige nun in New York lebende RedakteurInnen des *Socialističeskij vestnik* das befreite Berlin. Als sie auf dem Weddinger Urnenfriedhof eintrafen, fanden sie an dem Ort, an dem 20 Jahre zuvor die SDAPR-Parteigrabstätte errichtet worden war, nur noch ein grünes Rasenstück. Anders als von den ExilantInnen zuerst vermutet, war der Grabstein nicht 1945 von der Sowjetarmee, sondern bereits in den 1930er Jahren durch die

⁴¹ Für das SDAPR-Archiv vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 269; für das *Bund*-Archiv vgl. Web, *Between New York and Moscow*, S. 249.

⁴² Schlögel, *Das russische Berlin*, S. 14.

⁴³ Für den Begriff und die in Berlin durchgeführten und geplanten städtischen Veränderungen vgl. Reichhardt, Hans J./Schäche, Wolfgang (Hrsg.): *Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen*. Ausstellungskatalog. Berlin 1984.

NationalsozialistInnen entfernt worden.⁴⁴ Erst 1998 wurde die Grabanlage nachgebaut und ein Faksimile des Gedenksteins durch die Bezirksregierung wieder aufgestellt.⁴⁵

Die im Berliner Exil lebenden SozialistInnen entstammten aus den sich um die Jahrhundertwende im Wandel befindenden jüdischen Lebenswelten Osteuropas. Sie waren Teil einer damaligen politischen Jugendbewegung, die sich von vielen Bräuchen und Riten ihrer Eltern- und Großelterngeneration lossagte und sich zeitgenössischen Parteien der revolutionären Bewegung anschloss.⁴⁶ Zahlreiche Mitglieder dieser besonderen Generationseinheit osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen musste in den 1920er Jahren aus Sowjetrussland fliehen. Sie trugen ihre Parteivertretungen in Teilen für knapp 15 Jahre in den Berliner Migrationsraum. Das Grabsteinensemble auf dem Weddinger Urnenfriedhof war einer der markantesten Verweise auf die Relevanz von Berlin als Exilort der sozialistischen Bewegung Osteuropas. Dort fanden im Exil lebende osteuropäische SozialistInnen, die sich für politische Veränderungen in der Sowjetunion eingesetzt hatten, ihre letzte Ruhestätte. Die Eröffnung einer Parteigrabstätte im Jahr 1928 kann aber auch als Eingeständnis der Auslandsdelegation der SDAPR verstanden werden, dass sie von einer längeren Exilzeit in Berlin ausgingen. Die Grabstätte war damit zugleich ein Gedenkstein, der bis 1933 von der sozialdemokratischen russländischen Exilgemeinde auch als Versammlungsort genutzt wurde.

Auf dem Grabstein waren mit Pavel Aksel'rod (1850–1928), Julij Martov (1873–1923), Semen Vajnštejn (1879–1923), Alexej Kabcan (1885–1924), Lev Ėtkin (1885–1927) und Abraham Mutnik (1868–1930) die Geburts- und Todesdaten von sechs einflussreichen Sozialisten aus Osteuropa gemeißelt. Fünf von ihnen starben in der Weimarer Republik und wurden auf dem Urnenfriedhof begraben, Kabcan verschied nach längerer Krankheit in Prag.⁴⁷ Dass auch ihm auf dem Grab und Gedenkstein auf dem Berliner Urnenfriedhof gedacht wurde, zeigt, dass die Hauptstadt der Weimarer Republik für die sozialistische Exilgruppe des Russländischen Reiches in den 1920er Jahren ein Zentrum darstellte.⁴⁸

⁴⁴ Vgl. Hedeler, Wladislaw: Die russischen Menschewiki. Ein Literaturbericht. In: „Helle Panke“ e. V. (Hrsg.): Vielfalt sozialistischen Denkens, Nr. 10. Berlin 2001. S. 27–41. Hier S. 28.

⁴⁵ Vgl. für das am 11.06.1998 aufgestellte Faksimile des Grabsteins <https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/nc/gedenktafeln/gedenktafel-anzeige/tid/russische-sozialdemo/> [22.12.2019].

⁴⁶ Vgl. hierzu: Slezkine, Das jüdische Jahrhundert, S. 146–157.

⁴⁷ Vgl. Dan, Fëdor: A. I. Kabcan. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 18 (20.09.1924). S. 16.

⁴⁸ Inwiefern auch Kabcans Leichnam nach Berlin gebracht wurde oder ob dieser in Prag beerdigt und nur auf dem Berliner Grabstein an ihn erinnert wurde, konnte nicht abschließend geklärt werden.

Die Inschrift erinnert aber auch die Verflechtungen zwischen osteuropäisch-jüdischen und sozialistischen Lebenswelten vor dem Ersten Weltkrieg. Gemeinsam war allen sechs Verstorbenen, dass sie aus den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten des Russländischen Reiches entstammten. Um die Jahrhundertwende waren sie entweder der SDAPR oder dem *Bund* beigetreten. Das Begräbnis auf einem Urnenfriedhof verdeutlicht einprägsam ihre Abkehr von religiösen jüdischen Geboten und Bräuchen und die Zuwendung zum sozialistischen Brauchtum.⁴⁹ Dass innerhalb der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berliner Exil eine große Heterogenität in Bezug auf nationale und kulturelle Zugehörigkeit existierte, lässt sich ebenfalls anhand des Bestattungsritus verdeutlichen. Nahum Gergel, ein weiterer in Berlin verstorbener osteuropäisch-jüdischer Sozialist, wurde im November 1931 als sozialistischer Zionist auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beigesetzt. Er erhielt ein Begräbnis nach religiösem Ritus.⁵⁰

Nach den wechselhaften Beziehungen zwischen SDAPR und *Bund* vor dem Ersten Weltkrieg kann es nicht als selbstverständlich angesehen werden, dass die Beisetzung von russländischen SozialdemokratInnen und BundistInnen unter einem Grabstein stattfand. Dass die Bundisten Ètkin und Mutnik sich zu ihrem Lebensende in einer Grabstätte mit den russländischen Sozialdemokraten Aksel'rod, Kabcan, Martov und Vajnštejn wiederfanden, bestätigt die erstarkte Kooperation zwischen den beiden Parteien während des Exils. Zugleich deutet die Begräbnisstätte aber auch symbolisch auf Trennlinien unter den sozialistischen ExilantInnen hin. Russländische SozialdemokratInnen und BundistInnen verband nicht nur die politische Rivalität zur kommunistischen ArbeiterInnenbewegung, sie standen auch in politischer Konkurrenz zu sozialistischen ZionistInnen und jüdischen TerritorialistInnen.

Anhand der Grabstätte lässt sich auch eine zumindest vordergründige Zugehörigkeitsverschiebung aufzeigen, die bei den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil stattfand. Einer multiethnischen Lebenswelt entstammend wurden BundistInnen und russländische SozialdemokratInnen gemeinsam unter dem Parteinamen der SDAPR begraben. Die besondere Verflechtung von Teilen der osteuropäisch-jüdischen mit Teilen der osteuropäisch-sozialistischen Lebenswelten zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die sich auch in einer Ausdiffe-

⁴⁹ Entgegen jüdischen Brauchtums scheint die Grabstätte von Julij Martov nach ihrer Errichtung auch einmal umgebettet und neben die von Pavel Aksel'rod gelegt worden zu sein. Für die Relevanz der Feuerbestattung für die sozialdemokratische/sozialistische Bewegung vgl. bspw. Prüfer, Sebastian: Sozialismus statt Religion Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890. Göttingen 2002. S. 314–316.

⁵⁰ Vgl. N. N.: N. Ju. Gergel' (nekrolog). In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 22. S. 16.

renzierung der sozialistischen Parteienlandschaft ausgedrückt hatte, fand keinen Nachhall in der im deutschen Nationalstaat erbauten Grabstätte auf dem Weddinger Urnenfriedhof. Die Inschrift auf dem Grabstein unterscheidet nicht zwischen SDAPR und *Bund*. Ferner ist der Grab- und Gedenkstein hauptsächlich in kyrillischen und mit einigen wenigen lateinischen Schriftzeichen beschriftet. Hebräische Schriftzeichen fehlen gänzlich. Die bestandene und in Teilen auch bewusst gelebte Multiethnizität und Sprachenvielfalt des russländischen Sozialismus, die auch während der Berliner Exilzeit verschiedentlich fortgesetzt wurde, wird dadurch auf dem Grab- und Gedenkstein ausgeblendet, und auch die zwei Bundisten wurden durch die Inschrift im Gedenk- und Grabstein ausschließlich mit dem Oberbegriff russländische Sozialdemokraten versehen.